

AUS DEM STADTRAT



DIE LINKE/Gartenpartei - die neue Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg

Mit der Konstituierung des neuen Stadtrates im Juli 2014 sind nun alle StadträtInnen vereidigt und waren mittlerweile schon zum zweiten mal bei einer Stadtratsberatung anwesend.

Viele Anfragen und auch einige Anträge zeigen auf, dass die neue Fraktion bereits fleißig ist. Aber wer setzt sich eigentlich für welche Themen ein? Wer gehört zu welchem Wahlbereich? Und wen trifft man in seiner eigenen Basisorganisation und dem Ortsverband?

In dieser und den kommenden beiden Ausga-

ben stellen wir Ihnen die einzelnen Stadträte vor. Wer ist neu und wer schon länger dabei?

Den einen oder anderen kennen Sie, aber vielleicht doch noch nicht jede/n. Auch die sachkundigen EinwohnerInnen möchten wir vorstellen - allerdings erst in der November-

Ausgabe - denn auch unter ihnen gibt es neue Gesichter.

Janine Schmidt
Fraktionsassistentin
(Fotos: J. Schmidt)



Die Fraktion während der konstituierenden Sitzung

In dieser Ausgabe:

Die neue Fraktion stellt sich vor - heute: „die Neuen“ 2

ECHO: Imker haben ihren Platz auch in Olvenstedt 5

ECHO: „Gymnasium-Poker“ ist neu eröffnet 6

ECHO: Glückwunsch zur Prioritätenliste 7

ECHO: Die Entscheider wollen in wenigen Tagen beraten 7

ECHO: MVB wollen für mehr Sicherheit sorgen 8

Die Fraktion gratuliert 8



Die neue Fraktion

oben, v.l.:
Karsten Köpp,
Roland Zander
(Magdeburger
Gartenpartei),
Dennis Jan-
nack, Chris
Scheunchen,
René Hempel

Mitte, v.l.:
Frank Theile
(Fraktionsvor-
sitzender), Oli-
ver Müller,
Andrea Nowot-
ny, Marcel Gu-
derjahn, Jenny
Schulz

unten, v.l.:
Hans-Joachim
Mewes, Monika
Zimmer, Helga
Boeck, Hugo
Boeck

Die neue Fraktion stellt sich vor - heute: die „Neuen“



„Mein Name ist **Hans-Joachim Mewes**. Ich bin von Beruf Lehrer, verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Seit fast 40 Jahren wohne, lebe und arbeite ich in Magdeburg Nord. In vielen Jahren meiner beruflichen Tätigkeit habe ich so einige Generationen von jungen Menschen in meinem Stadtteil begleitet und sie in das Leben entlassen.

Als Pädagoge war ich schon immer ein politisch denkender Mensch und habe es mir auch nach der Wende nicht abgewöhnt. Darum sah ich als notwendig an, mich 1999 um ein Stadtratsmandat zu bewerben. Als gewählter Stadtrat setzte ich mich bis 2004 für eine bürgerfreundliche und soziale Stadt Magdeburg ein.

Zu den Landtagswahlen im Jahr 2006 habe ich es geschafft, ein Direktmandat für die Partei DIE LINKE zu erringen. Im Jahr 2011 konnte ich diesen Ergebnis bei den Landtagswahlen bestätigen und ein zweites Mal das Direktmandat für meine Partei im Norden meiner Stadt gewinnen.

Viele Genossen und Nordstädter haben mich dabei unterstützt. So auch 2014 zur Kommunalwahl, nach der ich wieder in den Stadtrat einzog. Das bedeutet für mich noch mehr Arbeit und noch weni-

ger Zeit für die Familie. Aber, liebe Leser, ich habe es so gewollt und es macht mir Spaß.

Die Kombination zwischen Landes- und Stadtpolitik ist darum so interessant, weil ich jetzt nachvollziehen kann, wie die Gesetze, die auch durch meine Arbeit im Landtag beschlossen wurden, in der Stadt umgesetzt werden. Und ich kann natürlich umgekehrt auf die Umsetzungsprobleme, die sich in der Stadt ergeben, die Fachpolitiker des Landtages aufmerksam machen. In der Kommunalpolitik möchte ich konkret mitentscheiden was hier Vorort in Magdeburg geschieht. Ich weiß um die Probleme der ansässigen Sportvereine, Kindertageseinrichtungen und Schulen. So ist zum Beispiel, der Zustand des Schulhofes der Grundschule Vogelgesang ein Ärgernis für mich. Der bauliche Zustand der Kinder- und Jugendfreizeitanstalt „Rolle 23“ muss dringend erörtert werden damit die Freizeitangebote im Neustädter Feld gesichert bleiben. Aus diesen besagten Gründen bin ich im Ausschuss Bildung, Schule, Sport und im Aufsichtsrat der WOBau aktiv.

Bürgerliches Engagement ist ein sehr hohes Gut. Ich halte es für notwendig mit den Bürgern in Nord in einem stetigen Kontakt zu stehen und besuche regelmäßig die Sitzungen der Gemeinwesenarbeit um Probleme im Stadtteil zu erkennen und sie dann im Stadtrat anzugehen. Damit unsere Heimatstadt Magdeburg

noch liebenswerter, bürgerfreundlicher und lebenswerter wird, möchte ich mit ihnen in Kontakt bleiben.“



Karsten Köpp, 44 Jahre, Diplom Verwaltungswissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt. Im Magdeburger Stadtrat vertritt er die Fraktion DIE LINKE/ Gartenpartei u.a. im Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten, im Ausschuss für Familie und Gleichstellung und in der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft.

Als Stadtrat möchte ich die weitere Entwicklung meiner Stadt mitbestimmen und werde mich für ein sozial gerechtes, familienfreundliches und weltoffenes Magdeburg engagieren, in dem jeder Mensch respektiert wird und die gesellschaftliche Teilhabe für alle gesichert ist. Bewährtes gilt es zu erhalten und mit Augenmaß und Bürgernähe weiterzuentwickeln, um alltagstaugliche und nachhaltige Lösungen zu finden. Dazu gehören für mich die aktive Unterstützung von Trägern sozialer und gemeinwesenorientierter Arbeit sowie verstärkter und neuer Akteure in der Familien-

und Gleichstellungspolitik.

Ostelbien ist ein attraktiver Stadtteil zum Wohnen, für die Wissenschaft, für Kultur und Natur, für Sport und Erholung. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Wohn- und Lebensqualität in unserem Stadtteil für alle Generationen weiter verbessert und die zu Magdeburg gehörenden Ortschaften Pechau und Randau-Calenberge in diese Entwicklung einbezogen werden.

Nach dem Hochwasser 2013 sind auf dem Werder und in den anderen Teilen Ostelbiens wirkungsvolle Maßnahmen für einen naturgemäßen Hochwasserschutz zügig voran zu bringen.

Um dem zunehmenden Verkehrsaufkommen und dem damit verbundenen Lärm zu begegnen, bedarf es attraktiver Alternativen zum eigenen Auto, einer intelligenten Verkehrslenkung und einer nachhaltigen Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Die Strombrücke ist zu sanieren und durch einen Neubau zu verlängern, um die beiden alten Brücken über die Zollelbe und die Alte Elbe zu entlasten und zu erhalten.

In allen Wohngebieten unseres Stadtteils soll es zukünftig Spielplätze für Kinder geben. Daneben braucht die Jugend eigene Räume und Jugendclubs. Bereits bestehende Angebote wie die der Kinder- und Jugendfeuerwehr in Prester, der Sportvereine in Ostelbien sowie des Jugend- und Sozialzentrums „Mutter Teresa“ sollen sinnvoll ergänzt werden.



„**Roland Zander** 49 Jahre, mobiler DJ und Hausmeisterservice und Vorsitzender des Gartenvereins "Lerchenwuhne" e.V., Ausschuss f. Stadtentw. Bauen und Verkehr

Ich möchte die Interessen der Bürger und Kleingärtner der Landeshauptstadt Magdeburg vertreten, die meistens zu kurz kommen.

Wo wird was gebaut und wie viele Gartenanlagen werden verschwinden, ich bin für den Erhalt der Anlagen. Was wird aus dem Neubau der geplanten Straßenbahntrassen und wo geht sie lang, brauchen wir sie? Sanierung der Schulen und Kitas. Das sind Fragen, die mich beschäftigen. Was passiert in der LH Magdeburg was wird verkauft und was bleibt - AMO nicht verkaufen, Barleber See nicht verkaufen Städtisches Eigentum erhalten.“



„Mein Name ist **Dennis Jannack**. Geboren und aufgewachsen bin ich in Magdeburg und lebe mit meiner Frau und unseren Kindern in Fermersleben. Als Wahlkreismitarbeiter

bin ich mit den täglichen Problemen der Menschen vor Ort konfrontiert. Aber auch als aktives Mitglied im Bürgerverein Salbke, Westerhüsen, Fermersleben und im Verein Kitas „Am Salbker See“ weiß ich, wo den Menschen bei uns in Südost, aber auch in anderen Stadtteilen der Schuh drückt. Entsprechend habe ich Kinder- und Jugendpolitik in dieser Stadt kritisch begleitet und gemeinsam mit anderen Aktiven aus Südost aufgezeigt, wo und was in Fermersleben, Salbke und Westerhüsen noch zu bewegen ist. In den letzten Jahren war ich außerdem sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Umwelt und Energie. So war es nur folgerichtig, dass ich jetzt die Fraktion im Jugendhilfeausschuss und Umweltausschuss vertrete.

Ich werde im Stadtrat für die Schaffung neuer Kindertagesstätten und Spielplätze genauso wie für die Einrichtung von Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendtreffs eintreten. Freizeiteinrichtungen sind in unserem Wahlbereich schon seit Jahren notwendig. Diese müssen endlich geschaffen bzw. erweitert werden. Einem Ausbau des Verkehrslandeplatzes werde ich nicht zustimmen. Anwohnerinnen und Anwohner müssen vor Belastungen durch Lärm und Abgase geschützt werden. Daher befürworte ich auch die Festsetzung von erweiterten Ruhezeiten für den Verkehrslandeplatz, z.B. an Sonn- und Feiertagen sowie in der Mittagszeit. Noch immer sind große Teile der Industriebrachen, wie Fahlberg-List oder RAW in einem verfallenen Zustand. Dar-

an ist die Stadt nicht unschuldig. Der Verkauf des RAW-Geländes zu Spekulationszwecken war ein Fehler, den man vielleicht hätte vermeiden können. Aber ein Abriss der denkmalgeschützten Hallen unter dem fadenscheinigen Vorwand einer Nutzung als Solarpark muss verhindert werden. Ideen zur Belegung der Industriebrachen, von denen es in den letzten Jahren viele gab, müssen wieder aufgegriffen werden. Als Stadtteile an der Elbe sind Salbke und Westerhüsen regelmäßig von Hochwassern betroffen. Beide Stadtteile dürfen bei der Planung von Hochwasserschutzmaßnahmen nicht vergessen werden. Diese sind im Übrigen in allen Stadtteilen schnell und effektiv, aber im Einklang mit unserer Umwelt, umzusetzen.

In meinem Wahlbereich und in ganz Magdeburg gibt es noch sehr viel zu tun. Mit Anträgen und Anfragen wie zur Verkehrssituation am Unterhorstweg und zum Zustand der Straßen und Wege im „Mariannen-viertel“ habe ich auf die Situation im Stadtteil schon aufmerksam gemacht und werde dies auch in Zukunft tun.“



„Ich heiße **René Hempel** und bin 35 Jahre alt. Ich bin verheiratet

und habe eine fast sechsjährige Tochter. Nach meinem Universitätsabschluss in den Fächern Geschichte und Sozialwissenschaften begann ich als Angestellter der Bundestagsabgeordneten Dr. Rosemarie Hein zu arbeiten und koordiniere im Wahlkreis die Termine.

Ich bin Mitglied im Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten, sowie im Jugendhilfeausschuss, in dem ich bereits vor meiner Stadtratstätigkeit als ordentliches Mitglied für die Fraktion saß. Daher stehe ich im ständigen Kontakt und Austausch mit verschiedenen Trägern und Personen, um anstehende Schwierigkeiten und Probleme in dieser Stadt schnell zu lösen. Auch als Mitglied des Elternkuratoriums einer Kita in dieser Stadt werden mir viele Probleme direkt zugetragen.

Weiterhin bin ich noch immer für viele Studierende ein Ansprechpartner, da ich selbst aktiv im Rahmen der SDS-Hochschulgruppe Magdeburg die Bildungsproteste der Jahre 2009 und 2010 mit organisiert habe, bei denen wir auf die schlechten Studienbedingungen aufmerksam machten. Bis heute ist dieser Streit nicht beigelegt, da die finanzielle Ausstattung seitens des Landes eher noch verschlechtert werden soll.

Ich wollte und möchte kommunalpolitisch tätig sein, weil auf dieser Ebene sehr viele Lebensumstände unserer Gesellschaft entschieden werden. Ich wünsche mir eine Stadt mit einem breiten kulturellen und sozialen Angebot, an dem alle Menschen unabhängig von

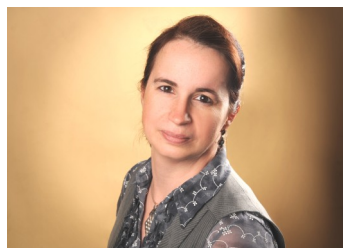
ihrem Einkommen teilhaben können.

Ich habe ein relativ breites Interessenfeld was Politik im allgemeinen betrifft. So beschäftige ich mich neben meinen Aufgaben in den Ausschüssen auch verstärkt mit verkehrs- und umweltpolitischen Themen. Besonders werde ich in den kommenden Jahren darauf drängen, dass wir als Fraktion erste Schritte unternehmen, um mittelfristig in dieser Stadt einen fahrscheinlosen ÖPNV zu erhalten. Dabei sollen alle EinwohnerInnen eine allgemeine Abgabe machen und dafür im Gegenzug Busse und Bahnen ohne weitere Kosten nutzen dürfen.

Im Moment regt mich gerade die Debatte um die Suche nach einem neuen Wohnheim für die zu erwartenden Flüchtlinge sehr auf. Ich kann und will nicht nachvollziehen, warum eine Verwaltung auf die Idee kommt, ein derart heruntergekommenes Gebäude anmieten zu wollen. Ich wünsche mir, dass wir zu einer angenehmen Lösung kommen werden, die auch eine neue Willkommenskultur der Stadt aufzeigt. Es gibt genug Wohnraum in Magdeburg um die ankommenden Flüchtlinge dezentral unterzubringen. Für mich gibt es keinen nachvollziehbaren Grund Menschen in ein Heim zu stecken. Ein weiteres Problem sehe ich in der Schließung der Sparkassenfilialen, was auch meinen Wahlbereich Stadtfeld Ost betrifft. Mit der Schließung der Filiale an der Ecke Maxim-Gorki-Straße/Gr. Diesdorfer Str. würde ein wichtiges Element der Nahversorgung der Anwohnerinnen und Anwohner, besonders der

älteren Menschen im Wohngebiet, wegfallen. Das halte ich für nicht hinnehmbar und unterstütze daher die Sammlung von Unterschriften der Menschen, um diese Entscheidung rückgängig zu machen.

Ein besonderes Augenmerk werde ich auf die weiteren Vorhaben der Verwaltung legen, was die Flüchtlingsunterbringung betrifft. Über einzelne Dinge wird dabei sicherlich im Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten zu reden sein. Auch das weitere Vorgehen der Stadt in Bezug auf den Hochwasserschutz werde ich begleiten, da im Augenblick besonders von der SPD und CDU Hochwasserschutz und Umweltschutz gegeneinander ausgespielt wird. Am Beispiel der angestrebten Fällung der Werderlinden wird dies deutlich. Ich bin überzeugt, dass Hochwasserschutz und Umweltschutz zusammengehen und ohne die Totalabholzung vollzogen werden könnte.“



Jenny Schulz, 39 Jahre: „Kommunalpolitik war bisher immer Teil meiner Arbeit und Freizeit, dennoch war ich mir dessen bis vor kurzem gar nicht so richtig bewusst. Schon während meines Studiums der Politikwissenschaft fokussierte ich mich auf die internationale Politik. Doch seit ich im Mai 2014 für den

Stadtrat in Magdeburg kandidierte und gewählt wurde, hat sich dieser Fokus stark verschoben. Gerne will ich auch versuchen internationale und kommunale Perspektiven und Fragestellungen bei meiner Tätigkeit als Stadträtin zu verbinden. Zum Beispiel werde ich besonderes Augenmerk darauf legen, wenn Fragen der EU-Politik Magdeburger Belange berühren. Als Mitglied des Ausschusses für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik (RWB) bekomme ich dazu sicher Gelegenheit.

Aber als Vorsitzende des Ausschusses für Familie und Gleichstellung (FuG) liegt nun ein weiterer Schwerpunkt meiner Ratstätigkeit bei familienpolitischen Aspekten und Fragen der Gleichstellung oder auch Frauenförderung. Auch dieser Themenbereich ist mir als berufstätige Mutter von zwei Kindern und ehemalige Landesgeschäftsführerin der Partei DIE LINKE Magdeburg nicht fremd. Einsetzen will ich mich für eine familienfreundlichere Politik und gleiche Bedingungen für Frauen und Männer auf möglichst breiter Ebene in Magdeburg.

Selbstverständlich für mich ist das Interesse und Engagement für auftretende Probleme in meinem Wahlbereich zu dem die Stadtgebiete Ottersleben, Diesdorf und Teile von Stadtfeld West gehören. Ich kann mir vorstellen, dass gerade die periphere Lage dieser Gebiete in Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge, des Verkehrs o.ä. Schwierigkeiten oder Probleme hervorru-

fen kann. Über Anregungen und Hinweise bin ich dabei immer dankbar.“



„Mein Name ist **Chris Scheunchen** und ich bin 23 Jahre jung. Aktuell studiere ich im 3. Semester den Masterstudiengang Volkswirtschaftslehre / International Economics and Policy Consulting. Mein kommunaler Interessensschwerpunkt liegt durch meinen Studienhintergrund natürlich im Bereich der Finanzen und der Wirtschaft. Deshalb freue ich mich sehr darüber, dass meine Fraktion mich als Mitglied in den Finanz- und Grundstücksausschuss und als Mitglied in den Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling entsandte. Weiterhin verrete ich die Fraktion als Mitglied des Aufsichtsrates der Zoologischer Garten gGmbH und als Mitglied der Gesellschafterversammlung der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH. Neben den Ausschüssen engagiere ich mich für alle Sachverhalte, in denen Menschen um gleiche Rechte in der Gesellschaft kämpfen müssen. In letzter Zeit waren dies vor allem der CSD und unterschiedlichste Flüchtlingsinitiativen. Hier muss einiges getan werden, die Unterbringung der Flüchtlinge muss dringend verbessert werden. Wir müssen

weg von der Unterbringung in Heimen und hin zu einer dezentralen Unterbringung in Wohnungen. Dieses Thema wird mich in nächster Zeit neben den finanzpolitischen Aspekten in dieser Stadt am meisten beschäftigen. Das war auch einer der Gründe für ein kommunalpolitisches Engagement. Ich will an der Fortentwicklung unserer Stadt mitwirken können. Ich möchte die Missstände in dieser Stadt aus dem Weg räumen und den Weg ebnen, damit jeder Mensch frei und ohne Sorgen in dieser Stadt leben kann. Veränderungen kann man nur herbeiführen, indem man sich selbst engagiert und einbringt. Statt nur zu kritisieren will ich Probleme anpacken und Lösungen schaffen. Aber auch Debatten anstoßen. In den nächsten 5 Jahren wird dazu vor allem die Debatte um einen fahrscheinlosen ÖPNV zählen. Das Konzept des fahrscheinlosen ÖPNV sehe ich als zukunftsfähiges Konzept, damit der ÖPNV als Teil kommunaler Daseinsvorsor-

ge endlich alle Bürgerinnen und Bürger und alle Stadtteile anbindet. Auch im Finanzausschuss wird mich die öffentliche Daseinsvorsorge beschäftigen, denn sie und besonders auch die Bereiche Soziales, Bildung, Kultur und Kinder- und Jugendarbeit müssen vernünftig ausfinanziert werden. Die Wirtschaftlichkeit von Investitionen darf nicht zu Ungunsten der Bürgerinnen und Bürger ausgelegt werden. Dies ist in den letzten Jahren zu häufig geschehen und diesem Prozess möchte ich entgegenwirken. Nicht zuletzt liegt dies an der mangelnden Transparenz der Entscheidungen der Stadt. Bürgerinnen und Bürger müssen stärker und früher als bisher in die Entscheidungsfindung einbezogen werden und merken, dass ihre Meinung auch gehört wird. Deshalb setzt sich meine Partei seit Jahren für einen Bürgerhaushalt ein. Dies sollte auch hier in Magdeburg passieren. Bei einem Bürgerhaushalt lässt die Verwaltung die Bürgerinnen und Bürger über

Teile der frei verwendbaren Haushaltsmittel mitbestimmen und entscheiden. Einen großen Teil dazu tragen auch die Gemeinwesenarbeitsgruppen bei. Ihre Ratschläge müssen in der Stadt mehr Bedeutung bekommen. In meinem Wahlbereich, der Altstadt und Teilen der Alten Neustadt, betrifft dies vor allem die anstehenden großen Bauvorhaben. Hier habe ich besonders das Gefühl, dass Bürgerinteressen hinter Interessen der Stadt zurückstecken müssen. Besucherinnen und Besucher dieser Stadt sind durch den Hauptbahnhof, den Breiten Weg, das Hundertwasserhaus und andere Sehenswürdigkeiten zumeist in diesem Stadtteil unterwegs. Deshalb möchte die Stadt natürlich besonders in diesem Stadtteil attraktiv und modern wirken. In nächster Zeit stehen nun einige Projekte zur weiteren Aufwertung an. Leidtragende sind wieder einmal die Bürgerinnen und Bürger. Lärm und Dreck werden verstärkt auftreten, was die Menschen dazu sagen, bleibt groß-

tenteils ungehört. Dies darf so nicht weitergehen. Der erste Wohnraum im Stadtzentrum wurde bereits vernichtet, solche Prozesse dürfen sich nicht wiederholen. Gentrifizierungsprozesse müssen gestoppt werden. Wohnraum in der Innenstadt muss weiterhin zur Verfügung stehen und bezahlbar bleiben, niemand darf aufgrund zu hoher Lebenshaltungskosten in der Innenstadt aus seinem bisherigen Wohnumfeld an den Stadtrand gedrängt werden. Dafür werde ich in den nächsten Jahren kämpfen. Ich denke, dass die nächsten 5 Jahre spannend und interessant, aber auch anstrengend und aufreibend werden. Dem möchte ich mich stellen und mich an dieser Stelle nochmal bei allen Wählerinnen und Wählern bedanken, die mir mit ihrer Stimme den Auftrag gaben mich für ihre Belange und Nöte einzusetzen und mir zu trauten diese Probleme auch zu lösen.“

In der kommenden Ausgabe (Oktober) stellen wir die weiteren Fraktionsmitglieder vor.

ECHO: Imker haben ihren Platz auch in Olvenstedt (VST v. 1.8.14, S.19)

Mit unserem Antrag „Magdeburg summt“, der in das Jahr 2012 zurückreicht, bestand die ernsthafte Absicht auf die Situation der Bienen in unserer Stadt im Kontext der bundesweiten Initiative „Deutschland summt“ hinzuweisen, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, insbesondere durch das Einrichten von Bienenstöcken an expressiven Orten wie Hausdächern auf die sich für Bienen nachteilig entwickelnden Lebensbedin-

gungen in unseren modernen Städten aufmerksam zu machen. Dies hatte u.a. zur Folge, dass so bekannte Orte wie etwa das Dach des Berliner Doms und des Berliner Abgeordnetenhauses oder das Rathaus in Marzahn zu Orten wurden, wo heute Bienen leben und Imker ihre Völker betreuen. Die Magdeburger Linksfraktion hoffte darauf, dass auch auf den zahlreichen kommunalen Gebäuden unserer Landeshauptstadt wenigstens

eine Möglichkeit zu finden sein müsste, um auch bei uns ein solches Projekt erfolgreich umsetzen zu können. Leider jedoch wies die Stellungnahme des Oberbürgermeisters S0329/12 aus, dass kein einziges der Stadt gehörendes Gebäude dafür in Frage käme. Das stadt-eigene Wohnungsunternehmen Wobau hatte man wohl der Mühe halber erst gar nicht angefragt. Immerhin beschloss der Stadtrat zwei Punkte unseres

Antrages: Zum einen das Bundesprojekt „Deutschland summt“ zu unterstützen und zum Zweiten in Magdeburg kommunale ebenerdige Flächen interessierten Imkern auszuweisen.

Einige Zeit ging ins Land, bis den Lokalmedien zu entnehmen war, dass auf dem Dach des MDer Maritim-Hotels auf Initiative der Geschäftsführung ein Bienenvolk angesiedelt wurde, dessen Honig nunmehr an

der Rezeption erworben werden kann. Vor wenigen Wochen war zu lesen, dass Landesumweltminister Aikens persönlich im Innenhof seines Amtssitzes ebenfalls einem Imker die Ansiedlung seines Bienenvolkes ermöglichte. Alles erfreuliche Nachrichten, die aber auch nachdenklich stimmen, wenn man sich an die Stellungnahme der LH Magdeburg erinnert, die darauf beharrt, sie habe dafür keine passenden Gebäude. Vergessen wir auch nicht: Der Stadtrat hatte die Unterstützung des Bundesprojekts beschlossen. Dieses be-

steht nun aber gerade mal darin, Bienen auf besonderen Plätzen wie Hausdächern einen Lebensraum zu ermöglichen – ein unauflösbarer Widerspruch? Ich denke: Nein! Man muss nur wirklich wollen. Dass nun der Vorsitzende des Imkervereins in der Volksstimme mitteilen lässt, alles ist gut und es gebe keinen Bedarf und außerdem pflege allein Stadtrat Schindehütte den Austausch mit ihm mag etwas befremden, wenn man weiß, dass der Austausch mit Stadtrat Schindehütte wohl mehr der Tatsache geschuldet ist, dass er selbst Imker

und wohl Mitglied des Vereins ist. In den 10 Jahren meiner Stadtratstätigkeit hat der Vorsitzende des Imkervereins jedenfalls keinerlei Kontakt zu meiner Fraktion oder zu mir gesucht – einzelne Imker hingegen schon. Bezeichnenderweise gerade an dem Tag, als die Volksstimme das Thema aufgriff, erreichte mich eine neue Anfrage eines MDER Jungimkers zu möglichen Flächen. Bleibt zu hoffen, dass die LH Magdeburg das Thema nun ernsthaft begleitet und proaktiv kommuniziert. Dazu gehört auch, sich mit der Initiative „Deutschland summt“ in Verbindung zu setzen, sie über den Stadtratsbe-

schluss zu informieren, in einen Erfahrungsaustausch über eine mögliche Unterstützung zu treten und über eine Verlinkung der Homepages zu reden.

Oliver Müller
Fraktionsgeschäftsführer



ECHO: „Gymnasiums-Poker ist neu eröffnet“

(Quelle: Volksstimme, Magdeburger Lokalanzeiger v. 22.08.14, S. 13)

Durchaus zutreffend bezeichnet die Zeitungsredaktion die sich abzeichnende Auseinandersetzung um den Standort des ab 2016 dringend benötigten Gymnasiums als „Poker“.

Ein Pokerspiel der politischen Eitelkeiten um die Urheberschaft der Standortidee für eine Schuleinrichtung halten wir als Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei für vollkommen deplatziert. Wir können nicht nachvollziehen, aus welchem Grund die Landeshauptstadt Magdeburg bisher nicht den relativ kurzen Weg in die stadteigene kommunale Gesellschaft (WOBAU) gefunden hat, um wenigstens die Standortfrage am Breiten Weg-Südabschnitt einer Machbarkeitsprüfung zu unterziehen.

Wir halten es in diesem Zusammenhang durchaus für ein wenig

„konstruiert“, wenn bereits zum Zeitpunkt unserer Antragstellung einen Gymnasiumneubau an diesem Ort zu prüfen, aus Richtung der Verwaltung argumentiert wurde, man habe im Interesse des Stadthaushaltes Bedenken, ein möglicherweise teures innerstädtisches Grundstück erwerben zu müssen.

Als ob es nicht rechtliche, insbesondere auch steuerrechtliche, Möglichkeiten gäbe, die Zurverfügungstellung des benötigten Grundstücks von einem stadteigenen Unternehmen für einen so wichtigen Zweck, wie es der dringend benötigte Schulneubau darstellt, im Sinne der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen korrekt zu bewerkstelligen.

Wir werden nach wie vor den Eindruck nicht los, dass politische Interessen und möglicherweise auch persönliche Be-

findlichkeiten die Hauptbremsen für eine längst überfällige endgültige Standortentscheidung für einen Gymnasiumneubau sind.

Die Landeshauptstadt Magdeburg befindet sich mit dieser „Provinzposse“ auf dem besten Weg eine vielleicht einmalige Chance in einem politischen Pokerspiel zu verzocken. Verlierer sind dabei die Schüler und Schülerinnen, die sich zum Schluss möglicherweise in einer Notlösung am Rande der Stadt wiederfinden. Verlierer ist möglicherweise aber auch die Landeshauptstadt selbst, die nach Lage der Fördersituation, egal für welche Variante sie sich letztlich entscheidet, aller Wahrscheinlichkeit nach ohnehin sehr viel eigenes Geld in die Hand nehmen muss und sich u. U. trotzdem nachsa-

gen lassen muss, ausgerechnet am falschen Ort zu sparen.

Die Intention, im Zentrum unserer Landeshauptstadt in Sachen Schulneubau etwas Innovatives, architektonisch Inspirierendes und für die jungen Nutzer und Lehrkräfte Motivierendes zu schaffen, halten wir für richtig.

Kleinkarierte „Pokerunden“ darüber, ob sich CDU, Grüne, LINKE, SPD oder der OB mit den jeweiligen Standortideen durchsetzen, werden uns in der Sache nicht weiterhelfen. Gefragt ist eine Ratsentscheidung darüber, wie mit einem bisherigen Beschluss zum Standort, der unter nicht mehr zutreffenden Finanzierungsannahmen gefasst wurde, umzugehen ist. Und gefragt ist vor allem aber eine kurzfristige, fachlich qualifizierte Bewertung von Alternativvorschlägen, die durch die Linksfraktion und den

Stadtelternrat in die dem Bau begonnen Debatte eingebracht werden kann. wurden, damit endlich mit der Planung und

Frank Theile
Fraktionsvorsitzender



ECHO: Glückwunsch zur Prioritätenliste für die Fußwegsanierung

Die nunmehr vorgelegte Prioritätenliste zur Fußwegsanierung in unserer LH MD ist ein erster Schritt in die richtige Richtung zur Abarbeitung des Sanierungsstaus der in Magdeburg zahlreich vorhandenen Stolperpisten. Es wird dem Stadtrat obliegen, bei der kommenden Haushaltsaufstellung entsprechende Schwerpunkte zu setzen.

Dabei ist auch die Beantragung der Einstellung notwendiger zusätzli-

cher Mittel nicht verboten! Erfreulich als Stadtrat, der seinen Sudenburger Wahlbereich wiederholt deutlich gewinnen konnte, ist, dass nun auch die Verwaltung nach langem Zureden und Hinweisen von Bürgern und Anwohnern erkannt hat, dass der Fußweg in der St. Michael-Straße auf Platz 1 der Sanierungs-Prio-Liste gehört und nun bald saniert werden wird. Dafür vielen Dank!

Ein dickes Lob gebührt

dem Tiefbauamt ebenso für die im Rahmen der Kabelverlegungsarbeiten für das Telekom-Glasfasernetz kurzfristig gelungene einseitige Neupflasterung des Fußweges in der Schneidersgartenstraße (siehe Foto von Oliver Müller), der zuvor ebenfalls nicht mehr seinen Namen verdiente.

Hier wurde deutlich, dass schnelles Arbeiten und ökonomisches Handeln beim Magdeburger Tiefbauamt keine Fremdworte sind! Denn das für die

Kabelverlegung durch von der Telekom beauftragte Firmen aufgenommene defekte Pflaster wurde sogleich dank fleißiger Tiefbauamtsmitarbeiter durch neues ersetzt.

Die Bürger werden es danken – weiter so!

Oliver Müller
Fraktionsgeschäftsführer



Echo: „Die Entscheider wollen in wenigen Tagen beraten“ (Quelle: Volksstimme, Magdeburger Lokalanzeiger v. 22.08.2014, S. 15)

Ein Blick in das öffentliche Ratsinformationssystem ergab jedoch zum Datum des Presseartikels keine Information darüber, dass der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg in wenigen Tagen zur Problematik der Anmietung und des Ausbaus des Dommuseums berät und entscheidet.

Wer auch immer, lt. Presseartikel sich als „Entscheider“ in dieser Sache sieht, wird wissen, dass sowohl auf der wahrscheinlichen Vermieterseite/ Bauherrenseite (WOBAU) als auch auf der wahrscheinlichen Mieterseite (Landeshauptstadt Magdeburg) von langfristigen finanziellen (Miet) Bindungen bzw. erheblichen Bauinvestitionen gesprochen wird.

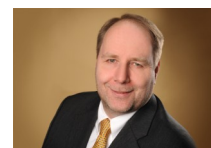
D. h. auf beiden Seiten sind demnach bedeutsame und langfristige Verfügungen über kommunales Vermögen, in di-

rekter Form (Stadthaushalt – Mietkosten) und in indirekter Form (Investitionskosten der stadteigenen kommunalen Wohnungsgesellschaft) zu treffen. In aller Regel sind nach den hierfür geltenden Bestimmungen die „Entscheider“ die Stadträtinnen und Stadträte. Selbstverständlich wird von denjenigen, die Ratsentscheidungen bzw. Entscheidungen der Gesellschaftergremien umzusetzen haben, erwartet, dass die im Stadtrat zu debattierenden Inhalte und Beschlüsse fachlich qualifiziert aufbereitet und als Entscheidungsvorlage/-empfehlung vorgelegt bzw. vorgetragen werden. Hierzu sind zweifellos Vorabstimmungen derjenigen vonnöten und sinnvoll, die sowohl auf der Seite der Verwaltung als auch auf Seiten des kommunalen Unternehmens, mit der späteren

Umsetzung federführend verantwortlich sind. Primär halten wir es als Fraktion aber für notwendig, rechtzeitig und umfassend über die Belastungen des Stadthaushaltes aus zukünftig zu entrichtenden Mietzahlungen für das Dommuseum informiert zu sein, um mit Blick auf die Haushaltslage entscheiden zu können. Gleichzeitig haben wir die Kernaufgabe des kommunalen Wohnungsunternehmens – Bereitstellung von Wohnraum für die Magdeburger Bevölkerung – im Blick, wenn es darum geht, in den Aufsichts- und Gesellschaftergremien dieser Gesellschaft abzuwägen, ob erlösbare Mieteinnahmen aus Mietobjekten (wie dem Dommuseum) im angemessenen, d. h. kaufmännisch sinnvollen Verhältnis zu den notwendigen bzw. vom Mieter erbetenen Investitionen stehen.

Insofern möchten wir als Stadträtinnen bzw. Stadträte mit einer sachgerechten Entscheidung in der Tat den Finanzbeigeordneten der Landeshauptstadt Magdeburg, Herrn Zimmermann, davor bewahren, sich einen, in jedem Fall ernstzunehmenden Interessenkonflikt als „Kassenhüter“ der Mieterin (Landeshauptstadt) und zugleich als Aufsichtsratsvorsitzender der Vermieterin (WOBAU), aufzubürden. Wir sehen daher einer entsprechenden Drucksache der Verwaltung, die als Entscheidungsvorlage detailliert Auskunft über die o. g. Kosten und Sachlagen gibt, mit sehr großem Interesse entgegen.

Frank Theile
Fraktionsvorsitzender



ECHO: „MVB wollen für mehr Sicherheit sorgen“ (Quelle: „Volksstimme“, Magdeburger Lokalanzeiger v. 13.08.2014, S. 19)

Grundsätzlich ist es erfreulich, dass sich in Sachen Sicherheit am Straßenbahnübergang zwischen Bruno-Taut-Ring und Scharnhorst-Ring im Stadtteil Olvenstedt endlich etwas zu bewegen scheint.

Was aus dem betreffenden Volksstimme-Artikel nicht hervorgeht, ist die Tatsache, dass es bis zu diesem Sinneswandel der MVB offensichtlich einiger

Überzeugungsarbeit und des im Artikel benannten Vor-Ort-Termins bedurfte, um hier dem Agieren der MVB etwas „Schwung“ zu verleihen.

Die Mitinitiatoren eben dieses Vor-Ort-Termins vom Juli 2014, Stadträtin Andrea Nowotny und Stadtrat Frank Theile (Fraktion DIE LINKE/ Gartenpartei), hören die Botschaft der MVB gern, wird doch die angedachte Umsetzung in der Tat zu einer deutlichen Ver-

besserung der Sicherheit nicht nur für die Anwohner_innen des Wohngebietes führen.

Als Aufsichtsratsmitglied der MVB vertritt Stadtrat Theile die Auffassung, dass es trotz der vielfältigen (finanziellen) Verpflichtungen des Unternehmens keine Frage des Geldes sein darf, wenn über die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit für Fahrgäste und Bürger im Unternehmen MVB zu

entschieden ist.

Frank Theile
Fraktionsvorsitzender



Die Fraktion gratuliert ...

Drei StadträtInnen beglückwünschte Fraktionsvorsitzender Frank Theile im Juli. Andrea

Herausgeber:
Fraktion DIE LINKE/
Gartenpartei im Stadtrat der
Landeshauptstadt
Magdeburg

V.i.S.d.P.:
Oliver Müller,
Fraktionsgeschäftsführer
Redaktion: Janine Schmidt,
Fraktionsassistentin

Adresse: Alter Markt 6
39104 Magdeburg
Telefon: 0391-540 2226
Fax: 0391-540 2529
E-Mail: DIELINKE.Fraktion
@magdeburg.de
Internetseite:
www.dielinke-magdeburg.de/
stadtratsfraktion

Fraktionstermine im September/Oktober 2014:

29.09.2014, 17:00 Uhr
Fraktionsberatung
Beratungsraum der Ge-
schäftsstelle

02.10.2014, 14:00 Uhr
Stadtratsberatung

03.10.2014, 11:00 - 17:00
Uhr, Rathausfest zum Tag
der Deutschen Einheit

13.10.2014, 17 Uhr
nichtöffentliche Fraktionsbe-
ratung im Klinikum Magde-
burg

**Senden Sie uns eine
E-Mail und wir schicken
Ihnen die Zeitung im
PDF-Format zu!**

Nowotny und Roland Zander (Magdeburger Gartenpartei) hatten beide sogar die Ehre ihren Geburtstag am 10.07.2014 und somit zur Konstituierung des neuen Stadtrates zu feiern.

Hugo Boeck, der am 24.07. Geburtstag hatte, nahm einen Blumenstrauß und herzliche Glückwünsche der Fraktion zur darauffolgenden Fraktionsberatung in Empfang.

Im September gratulierte die Fraktion außerdem noch den beiden neuen Fraktionsmitgliedern Hans-Joachim Mewes und Karsten Köpp. Auch diese beiden Geburtstagskinder erhielten namens der Fraktion einen Blumenstrauß vom Fraktionsvorsitzenden Frank Theile.

Die Fraktion wünscht allen fünf StadträtInnen ein erfolgreiches neues Lebensjahr.

Janine Schmidt
Fraktionsassistentin
(Fotos: J. Schmidt,
S. Brüning)



Fraktionsvorsitzender Frank Theile gratuliert Stadtrat Hugo Boeck



Stadträtin Andrea Nowotny und Stadtrat Roland Zander (Mitte) erhielten auch Blumen und Gratulationen vom neu-
gewählten Stadtratsvorsitzenden A. Schumann (CDU)



Fraktions-
vorsitzen-
der Frank
Theile gra-
tulierte
Stadtrat
Karsten
Köpp
(links).